

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 205. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Wer hat - und wer soll zahlen?

Die Beutegelder der Bourgeoisie.

Der schwerindustrielle „Tag“ setzt sich im Auftrage seiner Geldgeber zur Wehr gegen die Brandmarkung der Absichten des Bürgerblocks durch die Sozialdemokratie. Die Beschuldigung, daß der Bürgerblock die Reparationslast auf die Arbeiterschaft abwälzen wolle, hat ins Schwarze getroffen. Die Leute vom „Tag“ fürchten, daß den kleinen Leuten, die bisher ihre politische Weisheit aus dem „Tag“ und dem „Lokal-Anzeiger“ bezogen, die Augen aufgehen könnten. Sie fragen deshalb:

Wo sind denn die großen Beutegelder der kapitalistischen Bourgeoisie, die angeblich die letzten Massen dauernd ausgefogen hat? Wo sind die erprehten Kapitalien geblieben? Die Industrie hat kein Geld, die Landwirtschaft noch weniger, in den Geldschränken der Banken ist ungeheure Ebbe.

Da haben wirs ja! Die große Industrie hat nichts und kann nicht zahlen, die Landwirtschaft hat nichts und kann auch nicht zahlen, bei den Banken ist auch nichts zu holen - ja wo aber dann? Das fragt man die Leute von der schwerindustriellen Presse vergebens. Denn wollten sie antworten, so müßten sie mit den Bürgerblockpolitikern sagen: Bei den Arbeitern, bei den kleinen Leuten.

Wo sind die großen Beutegelder der kapitalistischen Bourgeoisie?

Fangen wir beim Kleinen an. Womit wird die Presse bezahlt, die wie der Hugenbergsche „Tag“ die Interessen der Inflationsgewinner vertritt?

Woher stammt das Geld, das die Unternehmer den Bürgerblockparteien zahlen - 2 bis 4 M. pro Kopf der beschäftigten Arbeiter?

Womit wird die Kokottenkultur bezahlt, die sich gerade in der Zeit der größten Not und des Zusammenbruchs der kleinen Existenzen in Deutschland breit machte? Mit den

Geldern, die die Großindustrie und neben ihr das Schieber- tum aus den Taschen der Sparer, der Gläubiger, der Hypothekenbesitzer, der unterentlohnerten Arbeiterschaft zogen.

Seht doch hin auf die lange Reihe der Luxusautos, in denen Großindustrielle, Großhändler, Bankiers durch die Städte laufen. Sie wurden gekauft - nicht etwa zu Preisen, wie sie die auf Konkurrenzfähigkeit bedachte und um die Erweiterung ihres Marktes versorgte amerikanische Industrie für ihre Typenwagen fordert, sondern zu Phantasiereisen, wie sie eben nur ein Ausbeutertum zahlen konnte, das hemmungslos aus den Taschen der ganzen Nation schöpft. Sie wurden angeschafft zur Zeit, als das ganze Volk dem schrecklichsten Elend ins Gesicht sehen mußte.

Seht doch die Zunahme der Luxusgaststätten, der Schlemmerlokale, in denen die Bourgeoisie ihre Beutegelder verpraßt.

Sagt ihr vielleicht, das wären alles Vappalien, die nicht ins Gewicht fielen gegenüber den gewaltigen volkswirtschaftlichen Werten, die in der Inflationszeit aus der deutschen Bevölkerung herausgezogen worden sind?

Sind die Mammutkonzerne des Herrn Stinnes auch Vappalien? Hier, in den großen Konzernen, in den Neuanschaffungen der Großindustrie, in den Bauten, die sie aufgeführt hat, in den Aktienpaketen, die sie angekauft hat, hier stecken die erprehten Kapitalien, die aus den Taschen des ganzen Volkes, der kleinen Leute, der Sparer, der Hypothekengläubiger, in die Kassen der großen Konzerne geflossen sind.

Wer hat, der soll zahlen! Ein Blick auf die sozialen Verhältnisse in Deutschland genügt, um zu zeigen, wer am zahlungsfähigsten ist: Die Hintermänner des „Tag“ und des „Lokal-Anzeigers“, der ganzen schwerindustriellen Presse: die vertrauteste deutsche Schwerindustrie.

Demokratische und konservative Außenpolitik Rede Breitscheldts in Breslau.

Breslau, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) In einer überfüllten Versammlung sprach gestern in Breslau Genosse Dr. Breitscheldt über den Unterschied zwischen konservativer und demokratischer Außenpolitik, den Stresemann bestimmtlich in einer seiner letzten Wahlversammlungen als nicht vorhanden erklärte. Breitscheldt verwies auf Frankreich, wo gerade wir Deutschen den Unterschied zwischen der konservativen Außenpolitik des französischen Bürgerblocks unter Poincaré und der demokratischen Verständigungspolitik Herriots, die auch unsere Genossen in der französischen Kammer unterstützen, deutlich zu fühlen bekommen. Er zeigte, daß eine rein sozialistische Außenpolitik bei der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse noch nicht möglich sei, und selbst von Rußland nicht getrieben werde, das sich ja nach kapitalistischen Kredit- und Konzessionsverträgen mit dem Ausland reißt. In der heutigen Weltlage fallen die Aufgaben sozialistischer und demokratischer Außenpolitik noch zusammen. Immer noch gebe es freilich Leute, die behaupten, wir hätten gesiegt und nur die Revolution hätte uns nachträglich die Früchte des Sieges entziffen. Wenn der deutschnationale Führer Tirpitz solche Phrasen in seiner Hamburger Rede wiederholte, brauche man ihm nur seine eigenen „Erinnerungen“ vorzuhalten, die die Revolution infolge des verhältnismäßig mäßigem militärischen Erfolgs als unabweisbar bezeichneten. Im Wahlkampf bleibe aber Tirpitz bei seiner Tradition des „alten ehrlichen Seemanns“, dem zu keiner Zeit im Inlande oder Auslande irgendein Mensch ein Wort geglaubt habe. Die Leute, für die er in seinen Kriegsbroschüren Vaternenpfähle wegen ihrer Schuld am deutschen Volke suchen wollte, seien jetzt seine engsten politischen Freunde. Breitscheldt wies auf Birchs Mitteilung hin, daß Stinnes in Spa zu dem damaligen Reichsfinanzminister gesagt habe: „Lehnen Sie ab und lassen Sie den in unheimlicher Weise kommunistischen Bolschewismus kommen.“ Stinnes hoffte offenbar, unter dem Bolschewismus keine schlechten Geschäfte zu machen, wenn er sich rechtzeitig gegen die Woge aus dem Osten unter den Schutz der französischen Bajonette gestellt hätte. Der Sieg der Stinnes-Parteien im deutschen Bürgertum hat die Erfüllungspolitik verhängnisvoll unterbrochen und Jarres zu dem berühmten Ausspruch gegen ihn, Breitscheldt persönlich, veranlaßt.

es bleibe nichts anderes übrig, als das Rheinland jetzt aufzugeben und nach zehn bis zwanzig Jahren mit den Waffen wieder zu erobern. Das war die unverfälschte konservative Außenpolitik einer Bürgerregierung, die nicht an Verständigung, sondern nur an Gewalt glaubte, das Rheinland preisgeben und später zum Schlachtfeld machen wollte. Im weiteren Verlauf seiner Rede verteidigte Breitscheldt nochmals die Annahme der Dames-Gesetze als Grundlage der deutschfranzösischen Verständigung, ohne die kein Frieden in Europa möglich sei. Er ging scharf mit den Kommunisten zu Gericht, die sogar gegen die Belastung der Industrie mit 300 Millionen gestimmt haben, weil diese Last auf die Arbeiter abwälzt werden könne. Für die Weltrevolution fühlten sich die Kommunisten also stark genug, für den wirtschaftlichen Kampf gegen eine Steuerabwälzung aber nicht so daß sie auf Kapitalabwälzung verzichten zu müssen glaubten. Ob Rußland von den deutschen Kommunisten gepredigten Krieg gegen Frankreich und England, die es ja anzupumpen will, tatsächlich führen möchte, stehe noch dahin. Aber unser deutscher Bedarf an Krieg sei

jedenfalls gedeckt. Nach einer gründlichen Reanzzeichnung der unehrlichen Außenpolitik der Deutschnationalen rechnete Breitscheldt scharf mit

Stresemanns jüngsten Reden

ab. Was der Außenminister in Dortmund zur Verständigungspolitik gesagt hätte, sei recht verständig gewesen. Am folgenden Tage habe derselbe Stresemann bereits wieder gegen den Einschnitt gesprochen, also gegen die Parteien die die Verständigungspolitik allein konsequent ermöglicht haben. Wenn Stresemann Zeitungen verfolge, die ihn charakterlos nennen, so werde man doch sagen müssen, daß Stresemann seine Grundsätze nicht allzu schwer drücken zu können sei, wenn er sich nicht als Student schwarzrote Farbe an den Größern der Märzgefallenen niedergelegt habe. Vor zwei Jahren war er gegen die Erfüllungspolitik, vor einem Jahre für Erfüllungspolitik, heute aber für die Realisationspolitik der Saboteure der Erfüllungspolitik! Wenn ein solcher Mann Außenminister sei, bedeute das fortwährendes Schwanken der deutschen Außenpolitik. Nach einem nachdrücklichen Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten von Europa und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schloß Breitscheldt seine eindringliche Rede, die diese bisher größte schärfste Versammlung des ganzen bisherigen Wahlkampfes zu wahren Beifallsstürmen hinriß, mit einer Kampfanfrage an den Bürgerblock und mit einem Bekenntnis zur Republik, zum Frieden und zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit des arbeitenden deutschen Volkes.

Zurück zur Sozialdemokratie.

In die Front der großen Arbeiterpartei.

In dem Bericht über die Rede des Genossen Hermann Müller in der Reichstagsversammlung heißt es zum Schluß: „Lebhafte Beifall belohnte die Erklärung eines bisher unabhängigen Genossen, daß er keinen Irrtum vom 4. Mai einsehe und diesmal sozialdemokratisch wählen werde.“

Der Diskussionsredner George war nicht „unabhängig“, sondern kommunistisch! George war Leiter des 6. Wahlkreises der SPD. Berlins. In den Oktobertagen vergangenen Jahres, als die „Einheitsfront des Proletariats“ von der SPD. propagiert wurde, um ihre üblen Parteiziele zu verfolgen, trat George als Leiter des 6. Kreises im Auftrage der SPD. an die leitenden Genossen unserer Kreisorganisation zwecks Verhandlungen heran. George hat eingesehen, welcher Irrtum es ist, hervorragendes Mitglied der SPD. zu sein und kommunistisch zu wählen. Im Lager der in der Versammlung anwesenden Kommunisten schlug die Rede Georges wie eine Bombe ein. In ihrer Verzweiflung haben die Kommunisten ihrer Verwirrung in verzweifelter Worten Ausdruck gegeben. So sagte ein Kommunist, der sich zum Wort gemeldet hatte und fieberhaft in der kommunistischen Schmutzbrochüre, betitelt: „SPD.“, seine Rede zusammenzufassen, zu einem anderen kommunistischen Diskussionsredner: „Da hat das Reden gar keinen Zweck mehr.“

Die Bernunft marschiert, da hat das Reden der Kommunisten keinen Zweck mehr. Die Bernunft marschiert, und die kommunistische Partei bricht vor ihr zusammen.

Zurück zur Sozialdemokratie - das ist die Parole für alle kommunistischen Arbeiter am 7. Dezember.

Die Einheitsfront.

Die russischen Gewerkschaften und der internationale Gewerkschaftsbund.

Von J. Dudgeest.

Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam).

Vor einigen Tagen wurde ein Schreiben des Russischen Gewerkschaftsbundes an den Internationalen Gewerkschaftsbund veröffentlicht als Antwort auf einen Brief, der am 11. September durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach Moskau gefandt worden war. In diesem Brief vom 11. September wurden die russischen Gewerkschaften gebeten, mitzuteilen, welche Fragen sie zu klären wünschten, bevor sie bereit seien, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen.

Wer die Antwort liest, muß gestehen, daß für die Russen kein Grund vorliegt, dem IGB. nicht beizutreten. Sollte trotzdem ein Grund vorhanden sein, so muß man annehmen, daß niemand den Mut hat, denselben auszusprechen.

Der Brief, der von Tomski und Dogadom unterzeichnet ist, enthält lediglich die Forderung, daß der IGB. den Klassenkampf führen solle.

Die Russen - und hiermit meine ich nicht den Russischen Gewerkschaftsbund, sondern die sogenannte Rote Gewerkschaftsinternationale - haben im Jahre 1921 ihre Internationale nur zu dem Zweck gegründet, den IGB. zu bekämpfen. Seitdem haben sie es nicht an den nötigen Schmähungen und Verdächtigungen fehlen lassen. Jetzt, wo es nach wiederholten Bemühungen endlich dazu gekommen ist, daß wir miteinander in Beziehungen treten, wissen die Russen nichts anderes zu sagen, als daß es ihr einziger Wunsch ist, daß der IGB. den Klassenkampf führe. Die wichtigsten 21 Punkte, auf Grund deren sich jeder, der mit den Russen überhaupt etwas zu tun haben will, der Führung der Russischen Kommunistischen Partei unterwerfen muß, hat man vergessen. Natürlich kann dies dem IGB. nur sehr angenehm sein, da hierdurch die Aufnahme der russischen Gewerkschaften sehr erleichtert wird.

Jetzt wissen wir es also: die einzige Bedingung für ein Zusammenarbeiten mit den Russen ist: kein Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie, sondern Klassenkampf! Es möge erlaubt sein, hier zu erwähnen, daß diese Forderung schon vor der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale im Jahre 1921 vom IGB. erfüllt wurde. Wenn es eine Organisation gibt, die seit ihrer Rekonstruktion im Jahre 1919 unermüdlich den Klassenkampf geführt und der Bourgeoisie das Leben erschwert hat, so ist dies sicherlich der IGB. Der IGB. hat mit nie gekannter Hefigkeit und Ausdauer unter den ungünstigsten Bedingungen den Kampf für den Achtstundentag geführt und ferner erreicht, daß endlich, in den Monaten September und Oktober auf der Völkerversammlung in Genf, von bedeutenden Politikern wie MacDonald und Herriot zum ersten Male das Problem der Entwaffnung erörtert wurde.

Es ist hier nicht der Ort, die ganze Tätigkeit, die der IGB. im Laufe der Jahre bei seinem Kampf gegen die Bourgeoisie entfaltet hat, wieder aufzuzählen.

Es ist also scheinbar kein Grund vorhanden, der die Russen hindern könnte, sich dem IGB. anzuschließen. Bevor es aber hierzu kommt, muß noch die Frage geprüft werden, ob nicht der IGB. seinerseits Interessen zu verteidigen hat, die nähere Besprechungen mit den Russen notwendig machen. Obwohl die bekannten 21 Punkte in dem Schreiben der russischen Gewerkschaften nicht einmal erwähnt sind, müßte man doch wissen, ob die Russen berechtigt sind, den Anschluß ohne Genehmigung der Russischen Kommunistischen Partei zu vollziehen, die vielleicht im entscheidenden Moment die 21 Punkte in die Debatte werfen würde. Der IGB. darf sich nur aus unabhängigen, autonomen Gewerkschaften zusammensetzen, die weder direkt noch indirekt, weder in finanzieller noch in moralischer Beziehung von einer politischen oder geistigen Autorität abhängig sind. Der Vorstand der IGB. muß also die Aufnahme der Russen auch nach diesem Gesichtspunkte prüfen.

Der IGB. garantiert außerdem jedem nationalen Gewerkschaftsbund die Autonomie in seinem Auftreten und der Art seiner Organisation im eigenen Lande. Dies gilt natürlich auch für die gegenseitigen Beziehungen der Gewerkschaftszentralen. Es muß daher die Frage geklärt werden, ob der russische Gewerkschaftsbund für den Fall seines Anschlusses an den IGB. darauf verzichten will, kommunistische Zellen in den Organisationen der verschiedenen Länder zu errichten.

Der dritte Punkt, der ins Auge gefaßt werden muß, ist die Stellungnahme der russischen Gewerkschaften zu einem der wichtigsten Programmpunkte des IGB.: zu der Frage des Kampfes um die soziale Gesetzgebung. Die Frage hat nach dem Kongreß der Trade Unions, der im September in Hull stattfand, große Bedeutung gewonnen. Auf diesem Kongreß haben sich die englischen Gewerkschaften zum Klassenkampf bekannt durch Annahme einer Entschlieung, die die Nationalisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel sowie die Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung fordert. Der Kommunismus wurde bei dieser Gelegenheit abgelehnt und die Bestimmung getroffen, daß der Vorstand des englischen Gewerkschaftsbundes auf dem alljährlichen Kongreß zur Berichterstattung über die erhaltene Propagandatätigkeit und die Fortschritte, die in der Richtung der Verwirklichung des Programms erreicht wurden, verpflichtet wurde. Das heißt also, daß der englische Gewerkschaftsbund,

obwohl er sich zum Klassenkampf bekennt, nicht daran denkt, die kommunistische Methode des bewaffneten Aufstandes anzunehmen, sondern im Gegenteil die demokratische Methode einer regelmäßigen Propaganda für die aufgestellten Forderungen anzuwenden wünscht. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Einheitslichkeit zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung des Kontinents und derjenigen Englands, wird nach unserer Auffassung der I.O.B. mehr denn je über die Einigkeit unter den bereits angeschlossenen Organisationen zu wachen haben. Die Existenz dieser Organisationen stütze sich bisher auf den demokratischen Kampf für die soziale Gesetzgebung. Zur Durchführung dieses Kampfes wurde auch das Internationale Arbeitsamt in Genf errichtet mit dem erfreulichen Resultat, daß heute in allen Ländern der Welt ununterbrochen Propaganda für die soziale Gesetzgebung gemacht wird, und daß sogar in den schlimmsten Zeiten der Reaktion, als die Position der Gewerkschaftsbewegung außerordentlich gefährdet war, die auf diesem Gebiete seit dem Jahre 1919 erreichten Vorteile nicht nur festgehalten, sondern noch vermehrt werden konnten.

Bleibt schließlich der große Kampf gegen Militarismus und Krieg! Die Welt hatte wiederholt wieder von der Propaganda des I.O.B. gegen den Krieg und für die Entwaffnung. Langsam beginnt es zu dämmern, und die ersten Maßnahmen zur definitiven Verhinderung von zukünftigen Kriegen sind schon getroffen. Dies Resultat ist zum großen Teil dem zähen Festhalten der Vertreter des I.O.B. in der Entwaffnungskommission des Völkerbundes zu verdanken. Wären sie nicht dort regelmäßig und aktiv auf ihrem Posten gewesen, dann würden die Militaristen, die im ersten Jahre der Existenz des Völkerbundes eine große Rolle spielten und Schritt für Schritt Terrain eroberten, schon längst Herren der Lage geworden sein; damit wären aber solche Reden und Maßnahmen, wie sie auf der jüngsten Tagung des Völkerbundes in Genf gehalten und getroffen wurden, unmöglich gewesen.

Für den I.O.B. und die ihm angeschlossenen Organisationen steht es unumstößlich fest, daß für den Fall des Ausschusses der Arbeiterorganisationen aus der Entwaffnungskommission die Sache der Entwaffnung gänzlich verloren wäre.

Man muß also auch die Ansichten der Russen über diese wichtige Frage kennen und wissen, ob auch sie den nationalen Kampf für die Entwaffnung führen können.

Dies sind die Probleme, die sich uns beim ersten Lesen der russischen Antwort aufdrängen.

Jetzt, wo der I.O.B. endlich in einen regelmäßigen Briefwechsel mit den Russen zu kommen scheint und die Parteien sich also einander nähern, ist es nach unserer Meinung zweckmäßig, den Leser, diese wichtigen Fragen vor Augen zu halten. Ein näherer Gedankenaustausch wird kaum auf sich warten lassen.

Eine neue Hezrede Sinowjews.

Es ist von Interesse im Anschluß an die Bemerkungen der Kommunisten, Eingang in den Internationalen Gewerkschaftsbund zu gewinnen, die Begrüßungsrede Sinowjews auf dem russischen Gewerkschaftskongress zu registrieren. Sinowjew prophesizierte den Zusammenschluß der Roten Gewerkschaften internationale mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund binnen ein bis zwei Jahren; er labte seine englischen Gäste und richtete heftige Angriffe gegen die deutschen Gewerkschaften.

„Das größte Hindernis für die Vereinigung im internationalen Wohlfahrte — führte er aus — bilden gegenwärtig die sozialdemokratischen Führer der deutschen Gewerkschaften, die verhassten gewerkschaftlichen Bürokraten Deutschlands. Sie sind das größte Hindernis. Gewiß gibt es nicht wenige untergeordnete Hindernisse. So ist Herr Souhauz keineswegs besser als die deutschen Bürokraten, aber dennoch bilden diese Führer der deutschen Gewerkschaften die Hauptgruppe, welche weiß, was sie will, welche weiß, zu welchem Zweck sie die internationale Gewerkschaftsbewegung (I.O.B.) und welche nicht blindlings handelt, sondern vollkommen bewußt die Taktik der Bourgeoisie verfolgt. Wir wenden uns deshalb vor allem an die englischen Arbeiter, damit

sie erkennen, daß es die Herren deutschen Sozialdemokraten, die Bürokraten der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind, die zu allem bereit sind, um die Vereinigung der Arbeiter zu verhindern und den internationalen Zusammenschluß zu vereiteln.“

Es ist sehr wichtig, hervorzuheben, wie verschiedentlich die Stellung Sinowjews zu den deutschen Gewerkschaften, die auf ihrem Rücken bereits alle Herrlichkeiten der kommunistischen Demagogie verspürt haben, und zu den englischen Trade-Unionisten ist, die vom russischen Kommunismus nur das wissen, was die offiziellen Sowjetagenturen in alle Welt hinausposaunen. Mit der Gerissenheit eines professionellen Pferdebändlers sucht er hier einen Parier gegen den anderen auszuspielen, um sein „Geschäft“ mit dem größtmöglichen Profit abzuschließen. Zu den schamlosen Anwürfen Sinowjews gegen die deutsche Sozialdemokratie braucht wohl kein Wort gesagt zu werden. Die Beschimpfungen dieses Burschen können nicht als Beleidigung empfunden werden.

Das neue österreichische Kabinett.

Wien, 20. November. (M.B.) Der Nationalrat wählte die neue Regierung in namentlicher Abstimmung mit 91 gegen 60 Stimmen der Sozialdemokraten. Die Regierung setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Bundeskanzler Dr. Ramek; Vizekanzler Waber (Großdeutsch); Soziale Verwaltung Dr. Resch, Finanzen Dr. Uhrer, Aeuheres Dr. Mataja. Dazu kommen: Die bisherigen Minister Schneider, Buchinger, Schürff (Großdeutsch) und Baugoin, die ihre Ressorts behalten. Die neue Regierung besteht also aus 7 Christlich-Sozialen und 2 Großdeutschen. Bei Verlesung des Namens des Heeresministers Baugoin erörtern auf den Bänken der Sozialdemokraten minutenlange stürmische Psalmen: die Christlich-Sozialen erwiderten mit lebhaftem Händeklatsch. Abg. Seih rief: „Baugoin hat eine schwere Belastung“. Abg. Sever rufte: „Der Regierung wird das unangenehm werden“. Gegenrufe bei den Christlich-Sozialen. Die Sitzung wird hierauf zur Angelobung der neuen Minister durch den Bundespräsidenten Hainisch auf 2½ Uhr vertagt. Die Tagesordnung lautet: Regierungserklärung Dr. Rameks und Debatte.

Die Räumung der Kölner Zone.

Vor einem englisch-französischen Kompromiß.

London, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Am 10. Januar soll bekanntlich das Kölner Gebiet von den englischen Truppen geräumt sein, wenn die Alliierten übereinstimmend feststellen, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage erfüllt hat. Es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß sowohl Baldwin wie Herriot die Feststellung der Pflichterfüllung machen und dadurch automatisch die Räumung eintreten muß. Ein endgültiger Beschluß wird jedoch erst auf einer Ende Dezember zwischen den Alliierten stattfindenden Konferenz gefaßt werden. Inzwischen drückt die „Times“ bereits an, wie diese Konferenz die Räumungsfrage überhaupt erledigen kann. Das Blatt spricht von einem Kompromiß, der dahin gehen könnte, daß England etwas länger als bis zum 10. Januar 1923 in Köln bleibt, während Frankreich vor dem 10. Januar 1923 die nördlichen Vorkegionen räumt, um das gesamte Ruhrgebiet schneller zu räumen, als ursprünglich in London vorgesehen war. England und Frankreich würden dann gleichzeitig die Kölner Zone und das Ruhrgebiet östlich räumen.

Neuwahlen in Bremen beschlossen.

Bremen, 19. November. (M.B.) In der gestrigen Bürger-schaftssitzung, auf deren Tagesordnung an erster Stelle die Senatsneuwahlen standen, gaben die Demokraten eine Erklärung ab, daß der neu zu wählende Senat kaum eine tragbare Mehrheit erhalten werde. Die Demokraten könnten deshalb der Vorschlagsliste nicht mehr zustimmen und befürworteten den Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft. Diese Erklärung in Verbindung mit einem Antrag auf Umstellung der Tagesordnung rief bei der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Bismarckischen Partei lebhaften Protest hervor. Nach 2½ stündiger Debatte über den Aufschub des Antrags der Sozialdemokraten wurde dieser Antrag dann in nament-

licher Abstimmung mit 74 gegen 43 Stimmen angenommen. Demokraten, Zentrum, Hausbesitzer, Sozialisten und Kommunisten stimmten für die Aufschub, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei und Deutschbismarckische Partei dagegen.

Erhöhung der Beamtengehälter?

Die Besprechungen im Reichsfinanzministerium mit den anderen Ressorts über die Frage der Gehaltserhöhung haben heute um 10 Uhr begonnen. Daran schloß sich um 11 Uhr eine Besprechung mit den Vertretern der Länder und um 4 Uhr soll, wenn diese Verhandlungen bis dahin abgeschlossen sind, mit den Vertretern der Gewerkschaften über diese Angelegenheit beraten werden.

Funkdienst der Parteipresse.

Nur Schwierigkeiten oder Sabotage?

Der „Soz. Pressedienst“ schreibt uns: Seit fast einem halben Jahre versehen wir im Auftrage der sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands den Funkdienst für unsere Presse. Es ist ein Verdienst des Reichspostministeriums, daß dieser Presserundfunkdienst überhaupt durchgeführt werden konnte. Aber bei aller Eile und aller Schätzung der betreffenden Instanzen sind wir heute trotzdem gezwungen, mit unseren Beschwerden vor die Öffentlichkeit zu treten, weil den Wünschen des „Soz. Pressedienstes“ nicht im geringsten Rechnung getragen worden ist. Wir verlangen keine besondere Behandlung, aber wir fordern, daß wir gerecht behandelt werden. Leider ist das bisher und insbesondere in den letzten Tagen aus diesen oder jenen Gründen nicht geschehen. Vielleicht konnte es nicht geschehen, weil das Reichspostministerium sich bisher gegen die Erfüllung unserer Wünsche gestäubt hat, obwohl die maßgebenden Persönlichkeiten der Rundfunkstation in Königs-Wusterhausen unsere Forderungen nicht nur als berechtigt anerkannten, sondern sich unserer Auffassung aus technischen Gründen angeschlossen.

Es handelt sich um folgendes: Der „Soz. Pressedienst“ konnte in der letzten Tagen seine Funkgespräche nicht ausführen, weil die Vermittlungsstation nicht so arbeitete, wie es für einen ordnungsgemäßen Dienst Voraussetzung ist. Die Vermittlung selbst liegt in privaten Händen, die uns für eine ordnungsgemäße Ausführung nicht zuverlässig erscheint und von der wir anzunehmen allen Anlaß haben, daß sie uns nicht gerade fördern will. Bei der Erstellung dieser privaten Vermittlung ist das freilich nicht verwunderlich. Das Sonderbare ist nur, daß eine für uns immer neutrale Instanz, das Reichspostministerium, die bestehende Vermittlung aufrechterhält, obwohl genug Beweise dafür vorliegen, daß unser Funkdienst durch sie behindert wird. Das wird auch von Stellen geäußert, die an einer zufriedenstellenden Durchführung unseres Funkdienstes interessiert sind, ihn aber nicht durchführen können, weil die private Vermittlung den „Soz. Pressedienst“ stört.

Wir haben uns nicht nur wochenlang, sondern monatelang geduldet! Wir haben finanzielle Opfer gebracht für Gespräche, die wir nie ausgeführt haben! Aber der Zustand, wie er sich in den letzten Tagen entwickelt hat, ist unhaldbar! Wir fragen deshalb das Reichspostministerium, wie lange soll der „Soz. Pressedienst“ weiterhin auf seine Funkgespräche verzichten, obwohl der Zustand, der hierzu führt, von heute auf morgen abzuändern wäre?

Die Rechtsprechung der Telegraphen-Union. Wir berichten vor etwa zehn Tagen, daß eine Anzahl Amtsgerichtlicher Redakteure aus dem Stad der schwerindustriellen Nachrichtenagentur „Telegraphen-Union“ ausgeschieden seien, weil dieses Bureau unverzüglich sich scharf nach rechts orientiert hat. Die Telegraphen-Union bezieht uns mit einem Dementi, der mit dem gleichen Geiste wie sie gepöbele „Sozial-Anzeiger“ erdreistete sich sogar, unsere Mitteilungen als Schwindelei zu bezeichnen. Die Angelegenheit hat jetzt ihre öffentliche Klärung gefunden. Im Fachorgan des Reichsverbandes der Deutschen Presse geben drei von fünf ausgeschiedenen Redakteuren, die Herren Bogel, Kaufner und Heise, auf Befragen die Erklärung ab, daß sie tatsächlich infolge der einseitigen rechtsgerichteten Haltung der Telegraphen-Union ausgeschieden sind. Aus den Erklärungen geht sogar hervor, daß die Leitung der U.U. von diesen Motiven Kenntnis gehabt, also das Dementi wider besseres Wissen erlassen hat. Wir können es nun dahingestellt sein lassen, auf wem der Vorwurf des Schwindels ruhen bleibt.

Spitzbubengeschichte.

Von Enoli.

Mein Onkel war ein Spitzbub erster Sorte, schon von der frühesten Jugend an. Seine Eltern wohnten in einem ganz kleinen Flecken in Holland, einer Zollstation an der deutschen Grenze. Die wenigen Leute dort, die ihn alle gut kannten, sagten, wenn er vorüberstrich: Seht, da geht der Spitzbub.

Eines Tages sah er im Nachbarort draußen an einem Hause ein Hühnerfell hängen. Wahrscheinlich wollte der Besitzer das Fell verkaufen. Der kleine Junge bemerkte es schon von weitem. Er blieb stehen, indem er an seine Eltern dachte. Die Mutter würde vor Freude die Hände zusammenschlagen. Ein Hühnerfell würde sie kaufen. — Sein Entschluß war gefaßt. Bedächtig, wie ein friedlicher Mensch, näherte er sich der Tür — dort sprang er hoch, riß das Hühnerfell herunter und rannte, ohne sich umzusehen, davon.

Der Bewohner des Hauses kam heraus, eine lange Pfeife im Munde. Am Nagel das Fell — war weg. Aber in der Ferne sah er den kleinen Jungen laufen. „Gott verzeih mir“, „Hörst du auf, dich schlag ich tot!“ Und rannte mit langen Beinen hinter dem Kleinen her.

Das Kind hatte schon die Landstraße erreicht. Rechts waren Wiesen mit Bäumen und Rüben, links hohe Aehrenfelder. In der Ferne die Mühle — da steht das Haus seiner Eltern. Aber bis dahin ist es noch weit.

Und er hört den Mann, der tobt hinterher, der rückt ihm näher, rückt immer näher an ihn heran. Der Kleine wendet im Laufen den Kopf und kann schon das rote erdöse Gesicht erkennen. Er beginnt zu schreien. „Vater und Mutter!“ ruft er — „Vater und Mutter!“

„Gibst du mir mein Fell zurück! Bist du wohl stülstehen?“ ruft der Alte außer Atem, er stürzt unaufhaltsam hinter dem Jungen her, er hält seine lange Pfeife in der Hand.

Da springt der Knabe quer über den Weg. Er versteckt sich vor der Augen seines Verfolgers hinter dem dicken Pflanz, der am Rande der Straße steht. Aber nur einen Augenblick. Dann wieder vorwärts, er schaut sich nicht um.

Mit einemmal hält er inne, hebt den Arm ganz hoch, blickt schnell durch die Luft etwas Schwarzes — mitten in's Aehrenfeld.

„Mein Hühner!“ ruft der Verfolger und springt in den eingetrockneten Graben und von da in die Aehren hinaus.

Der Junge läuft weiter. Nach Hause. „Mutter,“ ruft er, „ein Hühner!“ — Die Mutter steht ihn nur an. „Wo hast du denn deinen Schatz?“ — „Verloren...“ — „Und das Fell?“ — „Gefunden!“ — „Es steht dir ja auf der Stirn geschrieben: du lägst.“

Ob man es wirklich sehen kann? denkt er und lacht ein: Stirn im Spiegel einer blonden Schale die an der Woge leuchtet.

„Rin?“ fragt die Mutter. „Die Wahrheit!“

„Es ist wahr!“ sagt der Junge.

Da kommen Schritte, ein Mann tritt herein, er trägt eine Pfeife und schwingt den verlorenen Schuh.

„Mein Hühner!“ ruft er. „Wo ist er, der Dieb?“

Der sitzt unter dem Rock seiner Mutter. Und die Mutter rührt sich nicht vom Fleck. Sie übergibt das Fell, darfst für den Schuh.

„Und das Kind ist im Garten,“ sagt sie.

„Gott verzeih mir, ich schlag ihn doch tot!“ ruft der Alte und stolpert hinaus. — Der Kleine kommt herzu: Er bittet die Mutter an. Sie steht vor ihm und lacht. „Komm,“ sagt sie leise und öffnet die Tür zur Speisekammer. „Versteck dich da.“

Der Händler ging endlich schimpfend nach Hause. Als die Mutter die Kammertür öffnete, sah das Kind über einem Glase Kirchen mit blauen Flecken an Waden und Nase.

„Aimée“ in der Komödie.

„Aimée“ ist ein Schauspiel in drei Akten, das von dem Franzosen Paul Gerardin verurteilt, von der Frau Beria Zuckerkandi in ein papierne Deutsch übertragen und von Max Reinhardt in der „Komödie“ — man weiß nicht, zu welchem Zweck — aufgeführt. Dieser Gerardin könnte einen Franzosenfreund sogar mit deutschen Sudermännern verwechseln: so alt ist er, so langweilig, so billig, so sentimental. In drei ausgewaschenen Akten, die durch eine Pause zwar nicht unterbrochen, aber quälend verlängert werden, erfährt man, daß eine Frau in guten Verhältnissen, glücklich verheiratet mit einer geschmackvollen Zimmereinrichtung und einem herrlichen, gefühloollen und sogar begabten Gatten, fast einem „Verführer“ unterlegen wäre, wenn sie sich nicht im dritten Akt an ihr totes Kind und andere Gemeinschaftsgefühle fördernde Angelegenheiten erinnert hätte. Nichts ist passiert. So ziemlich alles ist geredet worden. Gemeinplätze wurden in Ehre gepflicht, daß sie, wie neu, hervorkamen. Es ist eine sehr bürgerliche Tragödie: die Frau, der es gut geht und die man mit einem, auch Reinhardt sehr bekannten Hiat kennzeichnen kann. Es lautet: „Gorgen, was man hat!“

Wozu dieses Stück? Wozu eine Konversation, in der alle Dinge so privat, so familiär erörtert werden, daß der Zuschauer das peinliche Gefühl hat, unfreiwilliger Zuschauer an dem aufgegangenen Vorhang zu sein? Was geben mich die Vorgesorgten einer großkapitalistischen Ehe an, die nicht nur aus Geld und Jüneigern besteht, sondern auch aus dem tradiionellen Sentiment der besseren Schichten? Und dies in einer Zeit, in der die Vulkane ausbrechen und die Erde bebt?

Dieses Theaterchen am Kurfürstendamm, in dem die Pausen wichtiger sind, als die Akte, das Publikum Jweck und die Schauspielers Mittel, die ihn heiligen sollen, wird mit diesen Gerardin-Bomben nicht einmal das werden, was man sich erwartet: eine geistige Konditorei, ein Seitenstück zu Kumpfmeyer. Das Gedächtnis habe, ein Gedächtnis für Gedächtnis. Und da demüht man erwachsene Sinotings

in die Logen und veranlaßt in den Korridoren eine Modenschau der letzten, der allerletzten Pariser Saison — eine Modenschau, bei der leider die Käuferinnen aus der Großbourgeoisie die gutgemachten Mannequins aus dem Proletariat ersetzen. Bei solchen Gelegenheiten schließt es sich, gerade noch Goldene zu fernieren; aber nicht mehr Geräth.

Helene Thimig spielte die Frau, geziert, mit dem künstlichen geminnenden Lächeln der Varietätstribunen, denen es zum Weinen ist, wenn sie vernünftig scheinen. Walter Janssen als Berufsführer stand die ganze Zeit auf jenem schmalen Grad, der das Pathos nicht von der Bäderlichkeit scheidet, sondern es mit ihr verbindet. Und Paul Harman zog sich dank seiner sympathischen Menschlichkeit halb lädiert aus der Affäre.

Wochentagskonzert des Berliner Volksschors. Der dritte Brahms-Abend des Berliner Volksschors war ein edles, erstes, erstes Wochentagskonzert. Hat Meister Brahms schon an und für sich die beste Richtung zu größterem Ernst, Melancholie, Weltentfremdung, so hatte man für den Wochentag natürlich die fastwoll ausladenden oder humoristisch gefärbten Gesänge ganz beiseite gelassen. Sodann lag in der Natur der Solistin, Frau Lotte Roschütz, der man nicht weniger als zehn Lieber eingeräumt hatte, und des Dirigenten Dr. Ernst Jander, daß diese buhlerische Würde und Feierlichkeit noch stark unterstrichen wurde. Frau Roschütz, die hier mit Recht der vollen Beifall der andächtigen, abkollkonzentrierten Gemeinde hatte, würde auf dem glatter Parteil des pressegeparzten Konzertsaales wahrscheinlich nicht sehr gut abschneiden. Was man bei uns so auf den ersten Blick verlangt, hat sie nicht. Ihr nicht sehr umfangreicher Mezzosopran ist außer der Wüste nicht sehr reizvoll oder mit Samsatz begabt. Die höhere Mittelstimm dürfte weiterer Ausbildung bedürftig und die Klartexte ist sehr mangelhaft. Mit dem äußeren Glanz fehlt auch das äußere intensive Temperament, das zeigt sich am meisten bei recht ruhigen Liedern, während wieder mit viel Modulation, energischem Aufbau oder dramatischer Anregung ihr weit besser gelingen. So etwa „Liebestreu“, „Von ewiger Liebe“, „Sandmännchen“. Ihre Aussprache ist ausgezeichnet, ihr Piano sehr schön und ausdrucksvoll und die Art der Interpretierung intelligent und empfindungsreich. Theodor Fieck begleitete distinkt. Dr. Jander bot mit der A-capella-Bereinigung seines gut geschulten Volksschors eine Reihe von Liedern, die zwar nicht nach allen Richtungen voll ausluden, aber kraff konzentriert und den Kern der Sache erschöpfend vorgebracht wurden. Ernst Jander weiß mit keinem sehr reichhaltigen Material recht flug und vorichtig ansprechend zu arbeiten. Die schön herausgehobene Lyrik in „Waldesnacht“ und „Es weht ein Wehen“, die energische Zusammenfassung in kontrapunktischen Chören, wie „Beberghung“ und „Rehles Glück“, die minor, sehr fein getroffene vokalistische Art in „Nachtweide“ und namentlich in dem laut besetzten „In stiller Nacht“ waren Leistungen, die dem Volksschor und seinem Leiter alle Ehre machen. S. M.

Paul Cassier, Viktoriastraße 35, eröffnete eine Raubausstellung Ferdinand Hodler, in der über 50 Gemälde sowie eine Reihe von Aquarellen und Zeichnungen des Meisters gezeigt werden.

Die Geschäfte der Seehandlung.

Weitere Entwicklungen im Fall Bartels.

Die Korrespondenz Sachverhalte berichtet weitere Einzelheiten, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen:

Reben der Untersuchung gegen Bartels laufen die Ermittlungen über die Geschäftsverbindungen des Generaldirektors Kautzler mit der Preussischen Staatsbank weiter. Nach unseren Informationen ist an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht I ein Antrag gerichtet worden, diese Geschäfte nachzuprüfen, da behauptet worden ist, daß einige Zeugen nicht mehr auffindbar sind und auch Papiere, die als Beweismittel von Wichtigkeit sind, verschwunden seien. Es ist ferner der Antrag gestellt worden, über diese Transaktionen an den preussischen Finanzminister zu berichten. Wie wir weiter hören, hat sich Staatsanwalt Dr. Jacobi mit Direktor Rühl von der Seehandlung, der das Material Kautzler bestritt, in Verbindung gesetzt. Ueber den Ausgang dieser Untersuchung ist bisher nichts bekannt geworden. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Preussische Staatsbank über die so unendlich verwickelten Kreditgeschäfte des Generaldirektors Kautzler und die Tatsache, daß er zu einer Zeit Millionenkredite von der Bank erhalten hat, als es anderen Großfirmen nicht möglich war, erheblich geringere Kredite zu bekommen, eine ausführliche Darstellung der Deffenzlichkeit übergeben wird. Es läßt sich jedoch mit Sicherheit heute sagen, daß die Behauptung, daß führende Persönlichkeiten der Staatsbank Ausschüßratsposten in den Unternehmungen Kautzlers inne gehabt hätten, nicht den Tatsachen entspricht. Weiter hören wir, daß der Antrag gestellt worden ist, die von Generaldirektor Kautzler für seine Kredite gegebenen Beschele vorläufig zu beschlagnahmen, bis der ganze Fall rechtlich aufgeklärt sein wird. Von diesen Beschele wird nämlich behauptet, daß die Bonität der Aussteller nicht immer ganz zweifellos gewesen ist. Nach unserer Kenntnis stammen die Beschele nicht nur von der bereits genannten Firma Grube, sondern auch von einer Firma „Deutsche Mitteleuropäische Aktiengesellschaft“, die gar nicht existieren soll. Weiter soll die Seehandlung Beschele Kautzlers in Besitz haben, die von einer Zigarettenfabrik „Alzaka“ unterschrieben sind, jedoch nicht von der Fabrik selbst, sondern von einem Fremden, der nicht zur Zeichnung der Firma befugt war. Im übrigen ist zum Fall Kautzler noch zu bemerken, daß das Wucherverfahren gegen ihn eingeleitet worden war und noch schwebt, weil sich der dringende Verdacht gegen ihn ergeben hat, daß Kautzler den früheren Besitzer des Januar Bogers, Herrn Strietter von der Firma Wollast G. m. b. H., bei diesem Verkauf so bewußt hat, daß ein von der Staatsanwaltschaft mit der Prüfung der Bücher des Generaldirektors beauftragter Revisor Jahresjahren bis zu einer Höhe von 3000 Proj. errechnete, während Generaldirektor Kautzler die Millionenkredite von der Preussischen Staatsbank zum Rückzahlungsfrist von 15 Proz. p. a. erhielt. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß Generaldirektor Kautzler, dessen Verhaftung durch Staatsanwalt Holz bereits angeordnet war, nur durch die Stellung einer Kaution von 2 Millionen Goldmark — die höchste Kaution, die in Deutschland jemals gestellt worden ist — auf freiem Fuß lassen wurde und dies auch nur deshalb, weil die Preussische Staatsbank sofort nach der Verhaftung Kautzlers bei der Staatsanwaltschaft auf seine Freilassung drang, mit der Begründung, daß sie ein Interesse daran habe, Generaldirektor Kautzler auf freiem Fuß zu sehen, weil er nur in diesem Falle seinen großen Verpflichtungen gegenüber der Seehandlung nachzukommen vermöge. Vielleicht werden auch die Geschäfte, die Generaldirektor Kautzler mit der Reichstreuhändergesellschaft in früheren Jahren getätigt hat und die in dem bekannten Schieberprozeß Wofac einmal flüchtig gestreift worden sind, einer Nachprüfung unterzogen.

Sowohl von uns, wie auch von anderer Seite, ist im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit bereits die Tatsache besprochen worden, daß im Amtszimmer des mit den Ermittlungen im Fall Holzmann beauftragten Kriminalinspektors Dr. Grünberg im Berliner Polizeipräsidium die Privatsekretärin Kautzlers die Protokolle über die Vernehmungen aufnimmt. Darüber hinaus wird bekanntlich auch behauptet, daß Kautzler der Polizei nicht nur seine Privatpapiere, sondern auch noch Mittel zur Verfügung gestellt habe, um die Ermittlungen in dieser Angelegenheit durchzuführen. Wie wir erfahren, ist wegen dieser Tatsache, die in der Geschichte kriminalpolizeilicher Ermittlungen doch wohl ein Novum darstellen dürfte, bereits vor drei Wochen eine Beschwerde an den stellvertretenden Leiter der Abteilung 4 des Polizeipräsidiums, Regierungsrat Dr. Hagemann, gerichtet worden, ohne daß sich bisher an diesem Zustand etwas geändert hätte.

Von maßgebender Stelle des Berliner Polizeipräsidiums wird zum Fall Bartels folgendes erklärt:

Gegen Holzmann wurde eine Untersuchung wegen Erpressung geführt. In dieser Untersuchung, die durch den Kriminaloberinspektor Grünberg geführt wurde, sagten Zeugen aus, daß zwischen Holzmann und dem Regierungsrat Bartels materielle Beziehungen bestünden. Diese Protokolle wurden sowohl dem Polizeipräsidenten wie der Staatsanwaltschaft übermittelt und auf Grund dieser Aussagen hat der Polizeipräsident den Regierungsrat Bartels sofort nach dessen Rückkehr vom Urlaub zur Keuherung aufgefordert. Die Keuherung Bartels erschien dem Polizeipräsidenten nicht klar genug; er beantragte sie und trug Bartels eine erneute Keuherung zur weiteren Klärung auf. Da auch diese weitere Keuherung die notwendige Klarheit nicht ergab, holte der Polizeipräsident die gefällig vorgeschriebene Zustimmung des Ministers des Innern zum Disziplinarverfahren ein und dieses Disziplinarverfahren gegen Bartels wurde dann auch sofort eingeleitet. Bartels wurde bereits Freitag früh vom Polizeipräsidenten seines Amtes enthoben. Am Sonntag hat dann der Staatsanwalt Bartels verhaften lassen (schwebt die gerichtliche Untersuchung und erst nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens kann das Disziplinarverfahren fortgesetzt werden).

Die angelegte Erpressung Holzmanns richtete sich gegen Konf. Direktor Kautzler, der die Anzeige erstattet hatte. Der Kriminaloberinspektor Grünberg hat im Verlaufe der Untersuchung ohne die Genehmigung seines direkten Vorgesetzten, des Regierungsdirektors Hoppe, einzubeten, sich von Kautzler Vorauslagen für sich und seine Beamten im Betrage von 700 M. vergütet lassen. Grünberg hat auch gleichfalls ohne Genehmigung seines Vorgesetzten, bei den Ermittlungen ein Auto des Kautzler benutzt und auch eine Sekretärin dieses Direktors verwendet. Dieses Verhalten des Grünberg wird zu einer schweren Disziplinarbestrafung dieses Beamten führen.

Ein Kriminalbetriebsassistent Roth hat, wie Oberinspektor Grünberg feststellte, unerlaubte materielle Beziehungen zu Holzmann unterhalten und ist dem Holzmann bei der Entreibung von Schulden in unzulässiger Weise behilflich gewesen. Die Untersuchung gegen Roth ist eingeleitet, er ist sofort gefänglich und entlassen worden, soll auch bereits verhaftet worden sein.

Regierungsrat Bartels ist bei der politischen Polizei, Abteilung Ia, nicht verwendet worden. Er hat lediglich als dienstältester Regierungsrat den Dirigenten der Abteilung Ia, wenn dieser auf Urlaub war, vertreten. Bartels ist auch nicht vom Polizeipräsidenten zu besonderen Aufgaben herangezogen worden.

Ein Regierungsrat Fuhrmann, den eine Zeitung mit diesen Äußerungen in Zusammenhang gebracht hat, gehört dem Berliner Polizeipräsidium nicht an.

Die maßgebende Stelle des Polizeipräsidiums führt diese unerfreuliche Angelegenheit auf die Kriegssolge der allgemeinen Demoralisation zurück, die notwendig auch in dem großen Beamtenkörper des Polizeipräsidiums Eingang gefunden hat. Das Polizeipräsidium aber geht gegen alle Mißbräuche und Mißhandlungen, die ihm bekannt werden, mit aller Energie vor und hat das auch in dieser Angelegenheit getan.

Die reichsdeutsche Einzelsturzschritt beabsichtigt der Danziger Senat gleichzeitig einzuführen.

Der Hüßer- General.

Zum erstenmal seit Kriegsbeginn hat sich das Londoner Oberhaupt der Heilsarmee, General Booth, erschlossen, seine Kräfte wieder dem Berliner Buhtag zur Verfügung zu stellen. Hierzu hatte man den Sportpalast auszuwählen, der damit seine gänzliche Eignung für Veranstaltungen religiösen Inhalts bewies. Selbst der große Aufwand, das starke Russenschiebe wie der Gefangenschor, vermochte hieran nichts zu bestreiten und zu ändern — es fehlte etwas, und das war das Erlebnis, das in kleineren Heilsarmeeversammlungen mitunter auch den Herantretenden in seinen Bann zieht. Empathisch wirkte Erscheinung und Rede des greisen Führers, der von seinem jüngsten Sohn assistiert wurde, wohlwund berührte der Ernst, der über den Versammlungszug lag, aber warum sich am Schlusse so viele Menschen zur Buße niederwarfen, verstand man nicht, es fehlte für den, der nicht bußtagbestimmen war, die Wärme.

Sah man sich in diesem Sinne die Teilnehmer an, so konnte man sich doch wundern, daß es sich um Menschen handelte, die von Enttäuschung des Lebens auf der Suche nach Trost und Hilfe getrieben wurden. Leute aus anderen Kreisen erblickte man nicht.

Öffentl. Wählerversammlungen

heute, Donnerstag, 20. November, abends 7 1/2 Uhr:
Prenzlauer Berg, 27. Abl.: Schulaula, Sonnenburger Str. 20.
Charlottenburg: 51. und 55. Abl.: Schulaula, Dandelmannstraße 26/28. — 52. und 53. Abl.: 30. Gemeindefschule, Wiebestraße (Eingang Neues Ufer).
Steglitz: Oberrealschule, Eisenstraße 2.
Karlshorst: im Fürstenthaus.
Blankenburg: Lokal Klub, Dorfstr. 2.

Tagesordnung: Deutschnationale oder sozialdemokratische Politik? — Kriegs- oder Friedensreichstag?
Redner: Künstler, Dr. Löwenstein, Lempert, Landa, Otto Meier, Ruben, Adele Schreiber.

Sie würden es auch kaum überwinden können, vor einigen tausenden Menschen — und soviel waren es — sich auf die Knie zu werfen, um irgendeinem fremden Heilsheiligen die größten Sünden zu bekennen. Bei aller Achtung vor religiöser Ueberzeugung muß doch gesagt werden, daß diese Bußakte — ausgerechnet im Sportpalast — auch einen wohlwollend gesinnten Zuschauer mit dem Gefühl des Peinlichen berühren müssen. In Zeiten wie heute ist Seelenfang nicht schwer, wenn man gleichzeitig die Bewusstheit zu Hilfeleistung betont und wenn der Hüßer weiß, daß er nicht nur die Seele, sondern auch den Leib retten lassen kann. Ihm fehlt zur heutigen Entwicklung der Heilsarmee, deren Tätigkeit in vielem Beachtung verdient, die nötige Einstellung. Je größer und profandiger die Veranstaltungen werden, desto rascher und gewisser scheint sich eine Art Mechanisierung zu vollziehen. Diesem Eindruck konnte man sich gestern um so weniger entziehen, als der fremdsprachlich-anglikanische Charakter des Unterworfens über alle Notwendigkeit hinaus betont war. Man ging mit einer gewissen Befremdung weg — und erkannte erst ganz die kulturellen und sozialen Werte, die im schlichten Kampf der Arbeiterbewegung liegen.

Ein Wohnsidsyll.

Im Rauch gestorben.

Das Gerücht von einem Kapitalverbrechen verpflanzte in der vergangenen Nacht in Schöneberg einiges Aufsehen. In dem Hause Barberstraße 5 wohnte seit acht Jahren im Erdgeschoß des Hinterhauses eine 50 Jahre alte Schneiderin Marie Gendil in einer Stube, in der sie zugleich kochte und drei Katzen und einige Hühner hielt. Bei ihr hielt sich meistens auch ein 30jähriger bei der Straßenbahn beschäftigter Monteur Otto Kuhlman auf, mit dem sie seit einem Jahr ein Verhältnis unterhielt. Vor ungefähr acht Wochen kam noch eine etwa 60jährige Frau aus Köpenick dazu, angeblich eine Schwester der Gendil. Die Wohnungsinhaberin hatte mit ihrem Geliebten, weil sie sehr eifersüchtig war, oft heftigen Streit, bei dem es auch zu Tätlichkeiten kam. In der Nacht zum Mittwoch kamen die drei betrunken nach Hause. Die Nachbarn hörten durch die dünne Wand wieder eine Schlägerei, klagerten sich aber nicht weiter darum. Es wurde dann wieder ruhig. Gestern nachmittags gegen 2 1/2 Uhr vernahm die Nachbarin ein schmerzliches Röcheln, ohne weiter darauf zu achten. Erst als es sich abends gegen 10 1/2 Uhr wiederholte, riefen sie die Polizei des 172. Reviers. Die Beamten fanden die Wohnungstür nur angelehnt. In der Stube lagen zerstreut Schlagen Tassen, Scherben von einem Spiegel, Zigaretten, Stullen usw. durcheinander. Unzählige Bilder hingen an den Wänden. Marie Gendil und Kuhlman lagen rückwärts, anscheinend schwer erkrankt, im Bett. Die ältere Frau, deren Persönlichkeit noch festzustellen werden muß, fand man tot auf einem Schlafsofa. Ein Arzt von der Rettungswache im Hause gegenüber stellte fest, daß sie vor etwa acht Stunden gestorben sein mußte. Verletzungen waren an der Toten nicht zu sehen. Die Rettungswache ließ die beiden noch Lebenden nach dem Auguste-Villiers-Krankenhaus bringen, wo Kuhlman bald nach der Aufnahme starb. Die Leiche der Unbekannten wurde vorläufig noch in der Wohnung belassen. Kriminalkommissar Binger nahm mit mehreren Beamten heute morgen den Besuch auf, um die erforderlichen Ermittlungen einzuleiten. Die Leobensurkunde konnte weder bei Kuhlman noch bei der Unbekannten ohne weiteres festgestellt werden. Vermutlich ist es Alkoholvergiftung.

Auch ein „Lugus“!

Die Frage, was zum notwendigen Bedarf gehört und was als unentbehrlicher Luxus anzusehen ist, wird jeder von keinem persönlichen Standpunkt aus beantworten. Ein grundlegender Unterschied ergibt sich da besonders aus dem größeren oder geringeren Umfang des Wohlstandes, der dem Wohlhabenden vieles als selbstverständliche Notwendigkeit erscheinen läßt, was dem Minderbemittelten als unentbehrlicher Luxus gilt. Einen Maßstab eigener Art hat die Steuerbehörde in ihren Bestimmungen über die Dinge, die mit Luxussteuer belegt werden sollen. Die Leute, denen die Luxussteuer aufgeschleppt wird, sind oft anderer Ansicht als die Steuerbehörde. Es ist das Schicksal aller Steuern, daß über sie der Steuerpflichtige gewöhnlich eine abweichende Meinung hat. Mühsamer aber bereiten die Luxussteuerbestimmungen doch Ueberrollungen, die sich aus dem Gleichgewicht bringen könnten. So berichtet ein Leser unseres Blattes uns eine Bekannte, von der er sagt, daß er nicht weiß, ob er über sie weinen oder lachen soll. Er leidet an einer Krankheit, die ihn und seinen Kerzen über viel zu schaffen gemacht hat. Besserung glaubt der Kranke nach dem Gebrauch eines Tees zu bemerken, den er seit einiger Zeit trinkt. Als er bei dem außerhauß Berlins wohnenden Fabrikanten wieder ein Paket bestellte, erhielt er eine beachtliche Postkarte mit der Meldung, der Tee werde von dem dortigen Finanzamt jetzt als Luxussteuerpflichtig betrachtet, den Ausschlag von 30 Pf. pro Paket müsse der Käufer übernehmen. Unter Gewährungsmann bemerkt dazu: „Sollte diese Krankheit wirklich Luxus sein, so möchte ich dem Herrn Finanzminister, daß er sie in vollem Umfang bekommt — vielleicht wird er dann anderer Meinung.“ Um Gottes willen, wer wird denn

einen so unfürsorglichen Wunsch haben! Aber, nicht wahr, lieber Leser, er kommt dir auch gar nicht von Herzen? Du hast offenbar bei dem Schreck über den „Lugus“, den du verfeuern mußt, wenigstens nicht den Humor verloren.

Strafanträge im Prozeß Egloffstein.

Der Staatsanwalt fordert die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Amtsgerichts-Dr. Neumann soll's noch zunächst die Beweisaufnahme in dem Anklagefall gegen Schrowe fortgesetzt werden. Da aber mehrere Zeugen nicht zur Stelle zu schaffen sind, wird das Strafverfahren gegen Schrowe schließlich doch abgetrennt werden müssen. Es wird darauf die Beweisaufnahme gegen die übrigen Angeklagten geschlossen und Staatsanwaltshofrat Dr. Weihenberg nahm das Wort zur Anklagevertretung.

Die Verhandlung habe ein Verbrechermilieu von höchst psychischen Interessen entrollt, in dessen Mittel Dertzel steht, der von Verbrechern zu Verbrechern schreitet. Seine Umgebung steht ganz unter seinem Einfluß, teils unter fernwollenen Händen, teils infolge immerer Hellsichtigkeiten, wie bei Hermes. Dertzel teilt ihnen die Rollen zu. In ihm herrscht der Drang, eine Rolle zu spielen. Er berauscht durch sein sicheres Auftreten sein Opfer. — Nachdem der Staatsanwalt eingehend die zahlreichen Rollen, in denen Dertzel aufgetreten ist, besprochen hat, bezeichnet er dessen angebliche politische Mission ebenfalls als einen Demantel für seine hochkapitlerischen Triebe. Mit der politischen Rolle ist es allerdings bestellt, bald spielt er sich als Rechtsradikaler, bald als Kommunist auf, bald vertritt er deutsche Interessen, bald ruminische. Bei allen Angelegenheiten würde außer der Angeklagten Schrowe, die nur der Begünstigung schuldig ist, an sich Zuchthausstrafe am Plage sein, wenn nicht mildernde Umstände ausgebittet werden würden. Die vom Staatsanwalt beantragten Einzelstrafen betragen zusammengefaßt nicht weniger als 44 Jahre 7 Monate Gefängnis. Diese Einzelstrafen beantragt der Staatsanwalt in die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis zusammenzuziehen. Gegen Hermes wird eine Gesamtstrafe von 5 Jahren, gegen Dora Behmann eine solche von 3 Jahren Gefängnis beantragt, gegen Paula Schwarze 1000 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte weiter, Dertzel auf die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren abzurufen. Sämtlichen Angeklagten soll die volle Untersuchungshaft angerechnet werden, die bei Dertzel 2 Jahre 7 Monate Gefängnis ausmacht.

Der „jüdische Millionär“ Karl Marx.

Brig hat bis jetzt zwei Wählerversammlungen gegeben. Die erste wurde von den Böttischen am Donnerstag, den 13. November bei Pabst abgehalten. Der Saal war halb voll. Die Hälfte der Neuen Besucherzahl waren unsere Parteigeräten. Herr Wulle, der früher den Brigern immer die „Ehre“ seines persönlichen Ersehens gab, hatte diesmal, in Anbetracht des schlechten Verlaufs der Versammlung, seinen jungen Mann, Herrn Dr. von Bremer gesandt. Von dem unglücklichen Schwänkel, den dieser verapopt, und den konfusien Gedanken, die sein Hirn durchwühlten, sei hier nur wiedergegeben, daß er den „jüdischen Millionär“ Karl Marx als Partisanen feierte, im Gegensatz zu dem Revolutionär Friedrich Engels (der bekanntlich kein Jude war). Unsere Genossen Schröder und Walle wies rednerisch in der kurzen Redezeit, die ihnen gewährt wurde, auf den Böttischen ab. Sie hatten den Beifall und die Bader auf ihrer Seite. Alsdann ritt Herr Kintori in die Arena. Er wies nicht die Angriffe Bremers auf Sozialjudaismus zurück, sondern schimpfte, wie sich das für einen „richtigen“ Sozialisten gehört, auf die Sozialdemokratie. Unsere Genossen verließen währenddessen den Saal und ließen die ein halbes Hundert Mann starke böttisch-kommunistische Vereinigung unter sich. Die „guten“ Erfahrungen, die die Böttischen mit dieser Versammlung gemacht haben, hat die Wulle-Partei veranlaßt, zum 20. November wieder eine „öffentliche“ Versammlung einzubestellen. Um diesem ein solches Haus zu haben, wird die Versammlung in einem Vereinszimmer tags, das, hochgeschätzte, 30 Personen faßt.

Genau anders verlief die von uns am Dienstag, den 18. November, bei Beder abgehaltene Versammlung. Der Saal war vollständig belegt, viele Besucher mußten stehen. In einem glänzenden Referat legte Stadtrat Dr. Löwenstein die Politik der Sozialdemokratie dar und ging schrittweise mit den Monarchisten und Bürgerblodfreunden ins Gericht. In der Diskussion mühten sich zwei Kommunisten eine Stunde lang unter dem immer wiederholenden Gelächter der Versammlung ab, im Sinne der „Koten Jahne“ zu „politisieren“. Genosse Löwenstein, der in seinem Referat die Kommunisten kaum erwähnt hatte, wies nunmehr im Schlußwort unter starkem Beifall der Versammlung das Unkraut des „kommunistischen“ Treibens nach. Er rief den Sängern Einmütiges dringend, von ihrem verderblichen Tun abzulassen und sich an die Seite der Sozialdemokratie zu stellen, zum Kampfe gegen Monarchismus und kapitalistische Ausbeutung. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die glänzend verlaufene Versammlung geschlossen.

Der Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn ist heute früh in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Heute Reichsbannerkundgebung. Heute abend um 7 1/2 Uhr findet in den Kammersälen, Teltower Straße, eine Kundgebung des Reichsbanners statt. Es werden sprechen Reichspräsident a. D. Genosse Stelling, Reichsminister a. D. Hugo Preuß, Führer der Windhorst-Bünde Lehrer Ruffa.

Schnee und Kälte im Süden.

München, 20. November. (W.B.) Der Winter, der bereits in den letzten Tagen in Bayern eingelebt hat und in der vergangenen Nacht Schneefall in München brachte, hat nach Regensburg aus Nürnberg in Passau und Remmingen im nördlichen Bayern, im bayerischen Wald und Allgäu ebenfalls reichlichen Schneefall gebracht. So beträgt die Schneehöhe im Allgäu zirka 10 Zentimeter. Auch in Niederbayern fällt noch weiter Schnee.

Freiburg i. Br., 20. November. (W.B.) In der vergangenen Nacht ist ein Temperaturwechsel eingetreten. Das Thermometer zeigte heute morgen auf dem Feldberg minus 3 bis 4 Grad gegen minus 10 bis 11 Grad am Vortage. In den frühen Morgenstunden legte leichter Schneefall ein, der sich bis in die Täler und in die Rheinebene erstreckte, es ist dies der erste Schnee in diesem Winter.

Rom, 20. November. (W.B.) Der scharfe Kälteeinfall in Italien dauert an. In Rom war das Thermometer gestern bis 0 Grad gesunken. Einiger Schneefall. Die Straßen waren vielfach vereist. Ein Zug mußte wegen Vereisung der Strecke verspätet abgefahren werden. In Florenz stieg das Thermometer ebenfalls auf 0 Grad. Auf den Bergen der Umgebung liegt 10 Zentimeter hoher Schnee. In Perugia wurden 2 Grad, in Ferrara und Verona 3 Grad Kälte beobachtet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Gleichungen für viele Kaffee und Tee an den Parteiveranstaltungen. Best. in 6 M. 00. Eisenstraße 1. 2. Teil, 2. Rep. recht, zu richten.

12. Abl. Heute abend 10 Uhr Treffpunkt der Kolonnen bei Schmidt, Wilschstr. 17.
13. Abl. Freitag, den 21. November, 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung bei Wilschstr. 17.
14. Abl. Den Genossen wird empfohlen, den Gruchim „Schmelde“ heute abend wegen zu beladen im öffentlichen Verkehrsausschuss zu sein.
15. Abl. Abends. Heute, abdo, 7 1/2 Uhr, Treffpunkt an bekannter Stelle.

Stadtdaten der Groß-Berliner Partei-Organisation

20. Abl. Am 15. November vertrat unter Genossen Best. Gleichung am 20. nach 4 Uhr, Krematorium Gerichte.

Gewerkschaftsbewegung

Uebertriebene Höflichkeit!

Wir sind nunmehr im Besitz des Stenogramms der Rede von Purcell, mit der er am 11. November, am Tage seiner Ankunft in Moskau, den russischen Gewerkschaftskongress begrüßte. Das Stenogramm, das in englischer Sprache abgefaßt ist, enthält eine Reihe von Tipp- oder Hörfehlern, die einige Sätze fast unverständlich machen. Der wesentliche Teil der Rede, um den es sich handelt und den die „Inprellor“ in zwei Sätzen zusammengepreßt hatte, hat folgenden Wortlaut:

„Einige von uns haben im Jahre 1920 die Verhältnisse, die der Faschismus und der Krieg dem großen Rußland hinterlassen haben. Aber heute und gestern, auf der Reise nach Moskau, beobachtete ich, daß im Neuherrlichen eine ungeheure Veränderung eingetreten ist, in der Kleidung, in der Kopfbedeckung, in der Haltung und, wenn ich von meinem Standpunkt aus sprechen darf, in der Geistesfassung des Volkes selbst. Es ist möglich, zu sehen, daß eine ungeheure Veränderung mit der arbeitenden Klasse Rußlands vor sich gegangen ist und daß diese Veränderung dem großen Wert der Vertreter der Arbeiterklasse Rußlands, den Vertretern der Sowjetrepublik zusammen mit den Vertretern der Arbeiterklasse vermittelst der Gewerkschaftsbewegung zu danken ist. Wir haben von Zeit zu Zeit gehört, daß eine Veränderung eingetreten ist. Aber, ich spreche wieder für meine Person, ich möchte sagen, daß der Eindruck, den ich gewonnen habe, dahin geht, daß eines der besten Werte, welches die arbeitende Klasse für sich selbst hat, die Mitwirkung Rußlands ist in der Befähigung des Analphabetismus im Volke und in der Ernährung und besseren Kleidung der großen Massen seiner arbeitenden Klasse. Wenn die britische Arbeiterklasse diese große Veränderung sehen könnte, die über die arbeitende Klasse in Rußland gekommen ist in dieser kurzen Spanne Zeit, so glaube ich, daß die große Masse unseres arbeitenden Volkes ausrufen würde, daß in Großbritannien ein Wechsel eintreten muß und die nötigen Schritte unternommen würden, damit eine Veränderung dieser Art so schnell wie möglich vor sich ginge.“

Es ist zweifellos, daß dieser Teil der Rede von Purcell sich unterscheidet von dem Inhalt des Telegramms den „Inprellor“ verschickt hat. Es ist weiter bemerkenswert, daß Purcell wiederholt und ausdrücklich darauf hinweist, daß er in diesem Punkte nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringt. Ein derartiger Hinweis eines Sprechers einer Delegation ist an sich ungewöhnlich und nur dann üblich, wenn die Auffassung des Redners abweicht von der Auffassung der Gesamtdellegation. Purcell sagt ausdrücklich, daß er nur von den äußeren Eindrücken spricht, fügt aber hinzu, indem er nochmals betont, daß er nur für seine Person spreche, daß auch in der Geistesverfassung des Volkes eine große Veränderung eingetreten sei.

Wir können es ohne weiteres begreifen, daß der Sprecher einer ausländischen Delegation auf einem Arbeiterkongress die natürliche Sozialität, die alle Arbeiter miteinander verbindet, durch die Herzlichkeit seiner Worte zum Ausdruck zu bringen sucht. Wir wissen weiter, daß unsere englischen Genossen in diesem Punkte sehr freigebig sind. Wir können nichtsdestoweniger sagen, daß die Höflichkeit, die Purcell in seiner Begrüßungsansprache an den Tag legte, zum mindesten übertrieben war. Gewiß ist der Wert und die Tragweite seiner Ausführungen auf ein sehr geringes Maß zurückzuführen durch die doppelte Tatsache, daß er nur für seine Person sprach und daß er nur den äußeren Eindruck wiedergab, den er auf der Reise im Schlafwagen und auf der Fahrt im Automobil zum Hotel und vom Hotel zum Kongresshotel empfing. Ueber die wirklichen Verhältnisse, unter denen die russische Arbeiterschaft leidet, konnte er nicht sprechen. Aber gerade deshalb hätte er seine Worte mit doppelter Vorsicht wählen müssen, zumal ihm nicht unbekannt sein konnte, daß die Bolschewisten im Äußeren und Verbrechen Meißler sind. Mit diesen Feststellungen ist die Angelegenheit für uns erledigt.

Die englischen Gewerkschaftler in Rußland.

Der Pressedienst der Russischen Sozialdemokratie schreibt: Die freundliche Begrüßungsrede Purcells hat die gesamte kommunistische Presse in unbeschreiblichen Jubel versetzt. Wir wissen nicht, in welchem Maße die Komplimente Purcells ernst gemeint waren, denn er kam auf den Kongress direkt aus dem Eisenbahnzug, und von den „kolossalen Verbesserungen“ der Löhne, der Ernährungsverhältnisse und der Bekleidung der russischen Arbeiter konnte er nur aus den Erzählungen der beiden kommunistischen Delegierten, die ihm entgegengefaßt waren, etwas erfahren. Für seine Moskauer Hörer jedoch konnten seine Worte nur wie böse Ironie klingen. Gewiß leben die russischen Arbeiter im Jahre 1924 wesentlich besser wie in den harten Jahren des Bürgerkrieges. Aber auch jetzt beträgt der Reallohn der Arbeiter nur 50—60 Proz. des vor Kriegeslohnes, der zudem der niedrigste in ganz Europa war. Deshalb erhalten die russischen Arbeiter auch heute noch den niedrigsten Lohn in ganz Europa, ungeachtet der Verbesserungen, die gegenüber den letzten Jahren zu verzeichnen sind.

Für uns erscheint es indes sehr zweifelhaft, ob Vertreter der westeuropäischen Arbeiterbewegung richtig handeln, wenn sie die Wege der offiziellen Diplomatie einschlagen. Denn nur in den Kreisen der zünftigen Diplomatie ist es üblich, bei allen Gelegenheiten glatte Phrasen, löbliche Komplimente und „konventionelle Lügen“ zu gebrauchen. So preisen beispielsweise die Diplomaten des italienischen Faschismus unausgesetzt die Vorzüge des Sowjet-

regimes, und so bringt Kozowski in Paris Loosie aus auf die bürgerliche französische Republik. Dies ist die Geschäftspraxis der Diplomatie, und die kommunistischen Diplomaten schließen sich keineswegs von dieser Praxis aus. Es bleibt aber immerhin fraglich, ob diese Sitten auch in die internationale Arbeiterbewegung hineingetragen werden sollen.

Die höflichen Worte Purcells waren eigentlich nur deshalb nötig, weil es in der ersten Sitzung schon zu einer laun verfallenen Diskussion mit den russischen Kommunisten gekommen ist. Purcell ist bereit, die russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aufzunehmen. Die Moskauer wollen es aber anders. Sie wollen in die bereits bestehende internationale Organisation nicht einfach eintreten, sondern auf einem neuen „Weltkongress“, auf dem sie bei ihren koraischen, chinesischen, bulgarischen usw. Freunden Unterstützung finden, einen großen Kampf ausfechten mit den westeuropäischen „Sozialverrätern“. Deshalb war Tomski mit den Ausführungen Purcells nicht einverstanden und opponierte ihm auf der Stelle.

Wie Preissteigerungen begründet werden.

Unter dem 14. November versandte der Bund der Chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands ein Rundschreiben, das mit den folgenden beiden sehr bezeichnenden Sätzen beginnt:

„Der Herr Reichsminister hat durch verbindlich erklärten Schiedsspruch die Löhne im Buchdruckgewerbe um fast 20 Proz. hochgetrieben. Diese aus rein politischen Gründen (Reichstagswahl) verhängte Erhöhung hat sich auch auf das mit dem Buchdruck im engen Zusammenhang stehende chemographische Gewerbe ausgebreitet und trotz der hier bestehenden hohen Löhne eine weitere entsprechende Lohnsteigerung veranlaßt.“

Die Herren, die hier in edler Entrüstung sozusagen von einer diktierten oder, genau ausgedrückt, durch den Minister verfügten Erhöhung sprechen verschweigen den Lohnaufschlag ihrer Arbeiter. Daß die heutigen Löhne eines Arbeiters kaum zum Lebensunterhalt ausreichen, wissen auch die Arbeitgeber der chemographischen Industrie. Sie selbst würden es wahrscheinlich am wenigsten fertig bringen, mit dem Lohn eines Arbeiters eine Woche durchzukommen. Ein Arbeiter bekommt also 20 Proz. seines Lohnes, der nur mit großer Mühe seinen Lebensunterhalt ermöglicht, mehr. Er, der Arbeiter, den die edlen Herren, müssen sie auf ihre gesamten Erzeugnisse 20 Proz. aufschlagen. Tatsächlich haben sie dann auch ihre Preise um 25 Proz. erhöht. Die vollkommen unerschämte Preissteigerung wird mit der vorstehenden unerschämten Begründung den Kunden mündgerecht zu machen versucht. Selbst wenn man den Lohnanteil im chemographischen Gewerbe außergewöhnlich hoch mit 50 Proz. am Preise der Produkte annimmt, so würde der daraus sich ergebende Preisaufschlag erst 10 Proz. betragen. Hier ist an einem handgreiflichen Beispiel die unheilvolle Preispolitik der Unternehmerklasse festzustellen.

Für und wider den Achtstundentag.

In der Generalversammlung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter sprach Genosse Schuppe vom ADB über das Washingtoner Abkommen und den Kampf der Gewerkschaften um den Achtstundentag. Der Referent verwies darauf, wie die Reichsregierung im November vorigen Jahres die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit nicht mehr verlängerte, nachdem vorher die Unternehmer die Behörden und die Dienstlichkeit gebührend bearbeitet hatten. Die Regierung erließ dann die berüchtigte Arbeitszeitverordnung, die in vielen Fällen eine Verlängerung des Achtstundentages zuläßt. Die durch die Inflation geschwächten Gewerkschaften konnten zunächst keine aktiven Kampf dagegen führen. Um so mehr liegt Verantwortung vor, auf die Durchführung des Washingtoner Abkommens zu drängen, das die Einhaltung des Achtstundentages garantiert. Der Referent bedauerte, daß viele Arbeiter glauben, der Kampf erübrige sich, wenn sie nur die Frage des Achtstundentages in die Debatte werfen. Wie dieser Kampf zu führen ist, zeigen die Vorarbeiten der Epiphengewerkschaften zur Herbeiführung eines Volksentscheids für den Fall, daß die Regierung die Ratifizierung ablehnen sollte. Aber selbst bei der Annahme des Abkommens wird die Arbeiterschaft darüber zu wachen haben, daß in einem neuen Arbeitszeitgesetz ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird.

Diese Fragen sind in hohem Maße geeignet, die Arbeiter zur Wohl von ehrlichen, kassenbewußten Vertretern in den neuen Reichstag zu veranlassen. Alle Stimmen, die die Kommunisten erhalten, sind verloren; nur die Sozialdemokratie vertritt zielbewußt die Interessen der Gewerkschaften.

In der Diskussion bestritt Schumacher die Parole der ADB, wozu die Sozialdemokraten die gefährlichsten Feinde der Kommunisten sind. Der Kommunist Krom setzte sich dagegen warm für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ein.

Der Ortsverein Berlin des Verbandes hat in den drei Quartalen des laufenden Jahres eine gute Entwicklung gemeldet. Der Bestand der Bekleidungsbranche ist z. B. von — 7 M. im Dezember 1923 auf 6500 M. gestiegen. Dabei wurden für die Branchen der Mühlen- und Brauereiarbeiter hartnäckige Lohnstreiks geführt, die annehmbare Erfolge hatten.

Ein Streik der spanischen Bergarbeiter soll im Bergbaugebiet von Asturien ausgebrochen sein. Während eine aus Madrid datierte Meldung von 2000 Streikenden berichtet, läßt eine andere über Paris kommende Meldung 12 000 Arbeiter streiken, in Abwehr gegen eine angelegene Lohnkürzung.

Deutscher Gewerkschaftsbund. Fachgruppe der Töpfer. Freitag, 21. November, nachm. 1/2 Uhr, in den Residenzgebäuden, Landberger Str. 31: Außerordentliche Mitgliedserversammlung. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung und weitere Beschlüsse. Die Fachgruppenleitung.

Wirtschaft

Facharbeitermangel in der Werkzeugindustrie.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Die allgemeine Lage in der westdeutschen Werkzeugindustrie hat während der letzten vier Wochen eine leichte Belebung erfahren, die nach der seit Frühjahr anhaltenden Krise auf dem Werkzeugmarkt befriedigend aufgenommen wird. Allerdings besteht nach wie vor eine Ueberproduktion in Werkzeugen. Eine Reihe überflüssiger und branchenfremder Unternehmen, meist Gründungen der Inflationszeit, ist im Laufe der letzten Monate ausgefallen, da die Zeiten der Scheubertonjunktur zu Ende sind und im Werkzeuggeschäft heute noch immer mehr reelle Unternehmen tätig sind, als die gegenwärtige Enge des Marktes überhaupt ertragen kann. In der Nachkriegszeit schossen auf dem Werkzeugmarkt die Handelsgeschäfte wie Pilze aus dem Boden, und in allen Tageszeitungen waren Kaufangebote für Spiralschneider, Reibahlen usw. zu lesen. Erst die Stabilisierungskrise hat diesem untragbaren Handelsüberbau ein Ende gemacht.

Die Mehrzahl der Betriebe, besonders im bergischen Lande, arbeitet mit stark verringerter Belegschaft unter voller Ausnutzung der vorhandenen Betriebsanlagen; man will auch hier mit kleiner Arbeiterzahl und kleinerem Umsatz wieder die Vorkriegsleistungen, d. h. die Gewinnquote der Friedenskonjunktur erzielen. Durch die monatelange Stilllegung einer Reihe von Betrieben ist ein erheblicher Teil guter Spezialarbeiter aus der Werkzeugindustrie zu anderen Industrien abgewandert und es besteht daher gegenwärtig ein fühlbarer Mangel an erfahrenen Werkzeugmachern. Die maßgebenden Syndikate, der Deutsche Spiralschneiderverband und der Deutsche Präzisionswerkzeugverband, haben bereits durch Rundschreiben die angeschlossenen Mitgliedsbetriebe auf diesen Uebelstand hingewiesen und die Einrichtung von Werkstätten bzw. Unterstützung der kommunalen Fachschulen der Großstädte durch kostenlose Hergabe von Werkzeugen aller Art zu Unterrichtszwecken anempfahlen, um systematisch einen tüchtigen Nachwuchs von geübten Werkzeugarbeitern heranzubilden. Es ist aus der Kriegszeit her bekannt, daß die Lehrlingsverhältnisse dieser wichtigen und weit verbreiteten Industrie sehr vernachlässigt worden sind.

Der Auftragsrückgang hat sich bei erheblich schwierigerem Geschäft um eine Kleinigkeit vermehrt, doch besteht ein scharfer Wettbewerb unter den führenden Firmen. Die Verkaufspreise liegen zum Teil bis 30 Proz. unter den Vorkriegspreisen. Das Auslandsgeschäft liegt fast überall still, nachdem die ausländischen Industriestaaten fast überall die Einfuhrzölle erneut erhöht haben. Für die nächste Zeit ist daher mit einer Entschärfung dieser vollswirtschaftlich bedeutenden Industriezweiges kaum zu rechnen, wenn nicht der baldige Abschluß von Handelsverträgen eine Erleichterung für den Auslandsabsatz schafft.

Die Tatsache, daß in exportwichtigen Spezialindustrien immer wieder ein Mangel an Facharbeiternachwuchs zu verzeichnen ist — daselbe Thema bildete auf der diesjährigen Tagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk den Gegenstand lebhafter Aussprache — ist eine Folge der verfehlten Lohn- und Preispolitik der Unternehmer. Sie rächt sich jetzt an der ganzen Wirtschaft.

Sport.

Beim Fußball-Stadtkampf Hamburg—Berlin zeigten die beiden Parteien ein gleichwertiges flüssiges Spiel. Der Sturm, der im Felde sehr gelief, ließ in der ersten Hälfte drei sichere Torchancen aus. Der linke Flügel der Berliner Mannschaft schied nach einer Viertelstunde infolge eines Zusammenpralls aus, so daß Berlin einen Ersatzmann einwechseln mußte. Halbleist 2:0 für Hamburg. Nach der Halbzeit zeigte sich die Hamburger Mannschaft überlegen. Warrnik erzielte das dritte Tor. Berlin ließ auch in der zweiten Hälfte verschiedene sichere Torchancen aus. Schließlich gelang es dem Berliner Mittelstürmer, das Ehrentor zu schießen, so daß das Spiel mit 3:1 für Hamburg endete.

Als letzte haben die Fußballer Gelegenheit gehabt, die unterbrochenen sportlichen Beziehungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Nachdem Boger und Radrennfahrer längst wieder mit französischen Gegnern zusammentrafen, konnte Tennis-Borussia, einer Einladung des Club Français Paris Folge leistend, als erster deutscher Verein vor kurzem nach Paris fahren. Gestern fanden sich in Berlin beide Vereine im Rückspiel gegenüber. Das Spiel war eine Enttäuschung in jeder Beziehung. Die Franzosen spielten sehr fast, aber ebenso schlecht. Tennis-Borussia war ausgezeichnet, besonders der Sturm. In der 35. Minute gelang es Tschick, eine Vorlage von Wiese unbehaltbar zu verwandeln, und bereits zwei Minuten später schoß Schröder im Alleingang das zweite Tor. Schröder war überhaupt der beste Mann auf dem Platz. Mit 2:0 ging es in die Pause. Nach der Halbzeit daselbe Bild. Tennis-Borussia war dauernd überlegen. Resultat 5:1 (2:0) für Berlin. Der bekannte Holländer Boas schieberzielte einwandfrei.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schimanski; Sozialismus: Fritz Korbmann; Anzeigen: H. Glode; Amalich in Berlin: Berlin: Berwerts-Berlin G. m. b. H. Berlin, Druck: Berwerts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf.

Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten im Ausschuss werden hiermit gemäß § 80 Abs. 1 der Satzung zu einer ordentlichen Versammlung am Montag, den 1. Dezember 1924, abds. 7 1/2 Uhr, nach dem Kassenlokal, Kaiser- oder 173a, eingeladen. Tagesordnung: 1. Berichterstattung und Berichtigung des Geschäftsberichts für 1923/24. 2. Festsetzung des Beitrags für das Jahr 1925. 3. Wahl einer Rechnungsprüfungs-Kommission für die Rechnungen des Jahres 1924. 4. Bericht über den Erweiterungsbau des Krankenhauses Pfalzburger Str. 35. 5. Verschiedenes. Berlin-Wilmersdorf, d. 18. Novbr. 1924. N. Engelhardt, Jr. Wiemann, Schriftföhrer.

Hosen Hosen

Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale. Herren- und Knaben-Anzüge, Kostenträger, Stutzen sehr preisw. München-Gladbacher Hosen-Zentrale Rügenstr. 25 (nahe Gesundbr.) Blauer Laden — Fahrplandr. 12/13

Sandparzellen

10 Hektar, Garau, Gattener & Spandau, 10 Hektar vom Bahnhof in herrlicher Lage, in allen Dingen umgeben, unter Boden zum Teil in Bschwald bestanden, geringe Anschaffungskosten, langjährige Pachtverhältnisse. Buchholz, NO 18, Antiprodstr. 8.

GEHR 4354
PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 30
KÖLN



70.-

komplett m. 60 cm Seidenschirm f. elektrisch 70.- M. 10r. Gas 35.-

9.50

Aus unserer Reklame-Kollektion
Größte Musterausstellung in Berlin.

Eine Weihnachtsüberraschung
als Prämie an meine Kunden bis Ende Dezember, bestehend aus Speise- und Schlafzimmer, Küchen usw.

ges. gesch. FECHNER & PREIDEL, StraÙe 2, aussteht. — Keine Einzahlung. Kein Preisaufschlag.

Trauringe
H. Wiese, Juwelier

Armbanduhren von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung i. d. g. h. H. Auswahl z. Konkurrenz des billigen Preises

Geschäftszett. von 9—7 Uhr

Korböbel
Eigene Herstellung in niedrigsten Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorteilhaft u. bis im Spezial-Nachmittags Edmund Voß, Jankalla, Berlinstr. 14, NäheFriedrichsplatz
Teleh. Anstalt 224, Zahnärztlicheklinik

Metalbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv Kat. 30A trol. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür

Der gute Kapitän-Kaufabak ist in den meisten Dampfgeldlösen erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Str. 22. Kgst. 3861

Pianos, Flügel
erstklassig, preiswert.
Römhildt,
Potsdamer Str. 126.



CURT GROTTWITZ
Sonntage eines Großstädtlers in der Natur
Ganzleinen 2.25 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf.
Lindenstraße 2